

DeSaFor – Newsletter

Ausgabe April 2022

Liebe Mitglieder, Freunde und Interessenten von DeSaFor,

die Welt schaut in diesen Wochen mit Sorgen auf Osteuropa. Mit zunehmender Dauer und Härte des russischen Angriffs auf die Ukraine, mit einer erschreckend großen Zahl verletzter und getöteter Menschen – viele von ihnen Opfer inzwischen bekannt gewordener Gräueltaten – und nicht zuletzt mit den weltweit wachsenden Problemen bei der Nahrungsmittel- und Energieversorgung verstärkt sich die Sorge über die Auswirkungen dieser zunächst vielfach als „regionaler Konflikt“ verharmlosten massiven Völkerrechtsverletzung Russlands. Eine Lösung oder auch nur ein Waffenstillstand sind derzeit nicht absehbar.

Weil der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einmal mehr verdeutlicht hat, dass er in seiner Verfasstheit und durch die Vetorechte seiner mächtigen Mitglieder unfähig ist, der Gewalt ein Ende zu setzen, hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit ungewohnter Deutlichkeit von 141 Stimmen in einer ersten Abstimmung am 2.3.2022 und mit 140 Stimmen am 24.3.2022 Russland wiederholt zur Beendigung der militärischen Aggression aufgefordert und das Land in einer weiteren Abstimmung aus dem UN-Menschenrechtsrat ausgeschlossen.

Für uns als Deutsch-Südafrikanisches Forum haben die Abstimmungen Diskussionsbedarf ausgelöst, denn unser Partnerland Südafrika hat sich in all diesen Abstimmungen enthalten. Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass Südafrika die Kriegshandlungen billigt, wie dies durch Syrien, Weißrussland, Nordkorea und Eritrea geschehen ist. Südafrika hat deutlich gefordert, den Konflikt über Verhandlungen zu beenden und sich zudem in einem eigenen Antrag für humanitäre Hilfe ausgesprochen. Es fehlte jedoch an einer eindeutigen Verurteilung Russlands für den Angriffskrieg und den Bruch des Völkerrechts; ebenso schweigt Südafrika nach wie vor zu den inzwischen bekannt gewordenen Gräueltaten und Kriegsverbrechen.

Für DeSaFor ist dies Anlass, mit unseren südafrikanischen Partnern den Austausch über die Gründe für ihre Haltung zu suchen, die von *Präsident Ramaphosa* und *Außenministerin Pandor* unter anderem bei der Anfang April rasch einberufenen Konferenz der weltweit eingesetzten südafrikanischen Botschafter*innen in Pretoria kommuniziert wurden. Dazu finden Sie einen ausführlichen *persönlichen Beitrag* unseres Vorsitzenden *Hans-Werner Bussmann* in dieser Ausgabe.

Es erscheint uns als Förderer der Zusammenarbeit mit unserem Partnerland am Kap wichtig, im Diskurs gemeinschaftlich zu ergründen, welchen Beweggründen und wechselseitigen Befindlichkeiten wir im deutsch-südafrikanischen Verhältnis unsere besondere Aufmerksamkeit widmen müssen, um in der Zukunft Missverständnissen oder gar Irritationen in der Zusammenarbeit besser begegnen zu können.

Wir haben uns im Deutsch-Südafrikanisches Forum unter anderem die Förderung des gegenseitigen Verständnisses durch verlässliche Information und offenen Dialog zum Ziel gesetzt. Deshalb denken wir, dass wir einen, wenn vielleicht auch nur bescheidenen Beitrag zu der von *Außenministerin Baerbock* vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen gegebenen Zusage leisten können, auch unser eigenes Handeln, unser bisheriges Engagement in der Welt kritisch zu hinterfragen. Wir würden uns über Ihre Unterstützung dabei sehr freuen.

Blieben Sie gesund und zuversichtlich und seien Sie herzlich begrüßt

Ihr DeSaFor-Vorstand und Geschäftsführung



In diesem Newsletter:

- Südafrika und die russische Invasion in der Ukraine
- Wir stellen vor: Honorarkonsul Hans-Jörg Hübner
- 2. Ordentliche Mitgliederversammlung DeSaFor e.V.
- „Lilisleaf-Museum“ gerettet
- Ramaphosa gibt den südafrikanischen Botschaftern Orientierung
- Flutkatastrophe in Kwa Zulu Natal

Deutsch-Südafrikanisches-Forum e.V.

www.desafor.de

Kontakt:

info@desafor.de

Adresse:

DeSaFor
c/o K. Brückner
Ringstraße 101b
12203 Berlin

Südafrika und die russische Invasion in der Ukraine – erklärbar, aber auch zielführend?

Nur wenige Stunden nach dem Angriff auf die Ukraine forderte die südafrikanische Außenministerin *Naledi Pandor* noch am 24.02.2022 den sofortigen, kompletten und bedingungslosen Rückzug der russischen Truppen. Südafrika sei tief besorgt über die Eskalation und ihre Folgen. Anderntags wurde sie - für viele Beobachter überraschend - von Präsident Cyril Ramaphosa zurückgepfiffen. Offenbar hatten sich führende ANC-Politiker durchgesetzt, obwohl viele Südafrikaner auf Seiten des Freiheitskampfes der Ukrainer standen und stehen. Die ANC-Führung fühlte sich wohl nicht nur mit Blick auf die sowjetischen Waffenlieferungen und die Ausbildung von ANC-Kämpfern im Anti-Apartheidskampf zu einer Loyalitätsgeste verpflichtet. Bemerkenswert ist deshalb auch, dass sich die südafrikanische Außenministerin zu Beginn einer Botschafterkonferenz am 07.04.2022 gezwungen sah, die südafrikanischen Diplomaten aufzufordern, in ihren „*offiziellen und privaten Gesprächen*“ eindeutig die südafrikanische Position einer strikten Neutralität in dieser Frage zu vertreten.

Diese Haltung schlug sich in den nach 40 Jahren wiederentdeckten „United for Peace“-Resolutionen der VN-Generalversammlung nieder, in der am 02.03.2022 die Invasion mit 141 Ja-Stimmen bei 5 Ablehnungen und 35 Enthaltungen verurteilt worden war, wobei sich Südafrika neben 16 anderen afrikanischen Staaten enthielt. In der Abstimmung vom 07.04.2022 über die Aussetzung der Mitgliedschaft Russlands im Menschenrechtsrat (93 Ja/24 Nein/58 Enthaltungen) enthielt sich Südafrika neben 20 anderen afrikanischen Staaten, während sich 9 gegen die Annahme der Resolution aussprachen (u.a. Algerien, Demokratische Republik Congo, Äthiopien, also durchaus politische Schwergewichte neben Simbabwe,

Eritrea, Zentralafrikanische Republik als den „üblichen Verdächtigen“).

Die Positionierung Südafrikas lässt sich besser einordnen, wenn auch die Sicht anderer wichtiger Staaten auf dem Kontinent in den Blick genommen wird. Dabei stechen 3 Argumente heraus:

1. Verknüpfung des Vorwurfs von Menschenrechtsverletzungen mit der Verweigerung von Waffenlieferungen

Der insbesondere von den USA und Europa ausgeübte Druck auf die Einhaltung von Menschenrechten haben dazu geführt, dass sich vor allem Länder wie Nigeria, Äthiopien und neuerdings Mali alter, in den Köpfen führender Politiker noch tief verwurzelter früherer Allianzen mit der Sowjetunion aus den Zeiten der Unabhängigkeitskämpfe erinnerten. Sie ziehen es daher vor, mit Russland „günstige“ Waffenkäufe ohne Bedingungen zu vereinbaren, die außerdem Zahlung mit Rohstoffen ermöglichen. In diesem Zusammenhang ist eine SIPRI¹-Mitteilung von Interesse, wonach zwischen 2016 und 2020 etwa 30 % aller russischen Waffenexporte nach Afrika gingen, jedoch „nur“ 20 % der chinesischen, 9,5 % der französischen und 5,4 % der US-Waffen-Ausfuhren.

2. Kriegsbedingter Ausfall von Weizenlieferungen

Laut UNCTAD, der Handels- und Entwicklungsorganisation der Vereinten Nationen, hatten Russland und die Ukraine in den letzten Jahren jeweils Weizen im Wert von mehr als 5 Mrd. US\$ nach Afrika exportiert, auf die ein Viertel aller afrikanischer Staaten (vor allem in Nordafrika) angewiesen sind, weil sie damit ein Drittel ihres Bedarfs decken. Der Krieg werde in naher Zukunft zu großen Lieferausfällen und vor allem Preissteigerungen (ähnlich beim Rohöl) führen, die in den betroffenen Staaten die Unterversorgung der ärmeren Bevölkerungsschichten weiter verschärfen werde. Allein in Westafrika wird mit einem Anstieg der Hungernden von 27 auf

40 Mio. Menschen, darunter 6,3 Mio. Kinder, gerechnet. Mittelfristig sei nicht auszuschließen, dass 350 Mio. Afrikaner und Afrikanerinnen, also ein Viertel der Gesamtbevölkerung des Kontinents, von dieser Entwicklung betroffen sein könnten. Die Industrieländer kümmern sich demgegenüber nur um sich selbst, die Bereitschaft zu umfassenden Hilfsmaßnahmen sei zumindest bisher nicht erkennbar.

3. Gefahr eines erneuten Kalten Kriegs

Die afrikanischen Staaten haben nicht vergessen, dass sie sich nach ihrer Unabhängigkeit gezwungen sahen, zwischen einem der beiden Blöcke des Kalten Krieges zu wählen (erinnert sei nur an die *Hallstein-Doktrin* der Bundesrepublik, die eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen von Drittstaaten zur DDR als „unfreundlichen Akt“ einstufte). Ihr Vorwurf heute: Die Industrieländer halten sich aus den innerafrikanischen Konflikten am Horn von Afrika, im Kongo, Sudan und in der Zentralafrikanischen Republik, aber auch in Palästina, wo ähnliche Gräueltaten wie in der Ukraine begangen würden, weitestgehend heraus, während sie in der Ukraine mit großer Intensität präsent seien und dies u.a. mit der Verteidigung der Menschenrechte begründet werde.

Es ist davon auszugehen, dass diese Haltung vieler afrikanischer Staaten, die sich relativ schnell nach der ersten Abstimmung in den VN herauskristallisierte, auch auf die Einflussnahme russischer Diplomaten zurückzuführen ist. Sie profitierten dabei von der in den letzten Jahren zunehmend kritischen Haltung der afrikanischen Regierungen gegenüber den Industrieländern (s.o.). Umgekehrt haben die westlichen Botschaften, allen voran die USA, versucht, ihre Gastländer für die Verurteilung des russischen Einmarschs zu gewinnen und dabei vor allem auf die auch in Afrika hoch gehaltene Souveränität und das Prinzip der Veränderung von Grenzen

¹ SIPRI: Stockholm International Peace Research Institute

nur auf der Grundlage von Verhandlungen hingewiesen.

Bezeichnend ist vor diesem Hintergrund ein Twitter-Austausch zwischen der russischen und der deutschen Botschaft in Pretoria: Erstere bedankte sich für Solidaritätsbekundungen von Südafrikauern, Einzelpersonen wie Organisationen, mit dem Satz *„Wir schätzen Ihre Unterstützung und sind froh, dass Sie heute an unserer Seite stehen, da Russland – wie vor 80 Jahren – den Nazismus in der Ukraine bekämpft“*. Dies veranlasste die deutsche Seite zu folgender Antwort: *„Sorry, da können wir nicht still bleiben, das ist einfach zynisch. Was Russland in der Ukraine tut, ist unschuldige Kinder, Frauen und Männer aus Eigennutz abzuschlachten. Das ist definitiv kein Kampf gegen Nazismus. Schande über jeden, der darauf reinfällt.“* Dieser Tweet erhielt fast 60.000 „Likes“ und wurde über 13.000mal weitergeleitet. Allerdings gab es dabei auch viele Deutschland-kritische Stimmen, die u.a. auf Gräueltaten der Nazis in der Ukraine oder gegen die Hereros in der ehemaligen deutschen Kolonie ‚Südwestafrika‘, dem heutigen Namibia, verwiesen.

Südafrikas Haltung

Präsident Cyril Ramaphosa hat die südafrikanische Enthaltung damit begründet, dass die erste VN-Resolution nicht vorrangig auf ernsthafte Verhandlungen setzte. *„Unsere Erfahrungen mit dem Ende der Apartheid und unsere Rolle in Friedensverhandlungen auf unserem Kontinent haben uns gezeigt, dass selbst extrem unlösbar erscheinende Probleme letztlich nur am Verhandlungstisch gelöst werden können.“* Anfang März erläuterte Außenministerin N. Pandor im Parlament, dass Südafrika auf Dialog und stille Diplomatie in allen in Frage kommenden Foren (VN, Minsker Abkommen, BRICS) setze und die Parteien zur Kompromissbereitschaft aufrufe, „ohne eine Seite anzuklagen“. Sie erinnerte beide Seiten an ihre jeweiligen Verpflichtungen aus dem *Minsker Abkommen*, das ein aussichtsreicher Weg zur friedlichen Regelung der gegen-

wärtigen Feindseligkeiten, einschließlich der Ost-Ukraine, sei. Südafrika dürfe nicht Partei ergreifen, denn zu beiden Seiten bestünden gute bilaterale Beziehungen, die durch einseitige Parteinahme nicht beeinträchtigt werden dürften.

Die frühere *„Public Protector“*, Thula Madonsela, und Vertreter der Zivilgesellschaft haben hingegen in aller Deutlichkeit gefordert, dass sich Südafrika eindeutig gegen den Krieg in der Ukraine aussprechen müsse. Alle russischen Soldaten müssten heimkehren. Der Oppositionspolitiker Herman Mashaba (ActionSA und früherer Bürgermeister von Johannesburg) beklagte, dass die Weigerung, den Krieg zu verurteilen, Südafrika angesichts der *„offensichtlichen Verletzung internationaler Grundsätze auf der falschen Seite der Geschichte platziere“*. Besonders markant äußerte sich die Mandela-Stiftung: *„Wir fordern die südafrikanische Regierung dringend auf, Verantwortung zu zeigen und sich für einen sofortigen Waffenstillstand einzusetzen. Wenn internationales Recht nicht mehr gilt und Gewaltstrategien akzeptiert werden, sind es immer die schwächeren Länder, die am meisten leiden.“* Die Desmond Tutu-Stiftung verurteilte Putins Neoliberalismus und forderte zum Rückzug auf: *„Wir in Südafrika haben gelernt, dass echte Sicherheit nicht aus dem Gewehrlauf kommt.“*

Am 8.4.2022 gab Außenministerin N. Pandor in einer Pressekonferenz als Reaktion auf die 3. Resolution der VN-Generalversammlung zum Ukraine-Krieg vom 7.4.2022 eine sehr viel grundsätzlichere Erklärung ab ([hier](#)). Sie forderte erneut einen sofortigen Waffenstillstand als ersten Schritt zur Beendigung der humanitären Krise und betonte, dass ausschließlich Dialog, Vermittlung und Diplomatie zur Beendigung des gegenwärtigen Konflikts führen könnten. *„Wir sind Zeugen einer tektonischen Verschiebung in der Weltpolitik seit der russischen Anwendung von Gewalt ohne Ermächtigung des Sicherheitsrats geworden“* mit Folgen für die weltweiten politischen Beziehungen und Stabilität

in der Weltwirtschaft. Sie verwies darauf, dass Südafrika und verschiedene Länder des globalen Südens ihre unabhängige Position bewahren und nicht in die von den Großmächten betriebene Konfrontation und Aggression hineingezogen werden wollen.

Sie bezog sich dabei ausdrücklich auf die Haltung der 1961 von Josip Broz Tito und Jawaharlal Nehru ins Leben gerufenen *„Bewegung der Blockfreien (Non-aligned Movement / NAM)“*, deren *„Mitglieder ihre Hand der Freundschaft gegenüber allen ausstreckte, die ihrerseits dazu bereit waren“*.

Damit seien starke Handelsbeziehungen mit einer Vielzahl von Ländern quer durch die im Kalten Krieg entstandenen Blöcke ermöglicht worden. Diese unabhängige Position bedeute aber nicht, so Pandor zur aktuellen Lage, dass Südafrika die russische Militärintervention und den Bruch des Völkerrechts stillschweigend hinnehme.

Südafrika habe stets die Verletzung der Souveränität und der territorialen Integrität verurteilt und daraus resultierende humanitäre Katastrophen beklagt. Sie wies sodann auf die fehlende Ausgeglichenheit in der Haltung der Vereinten Nationen am Beispiel der israelischen Gewaltanwendung in den palästinensischen Gebieten hin. Dort werde militärische Aggression nicht mit Sanktionen, Isolierung und einer Desinvestitionskampagne begegnet. Die Welt habe darauf nicht in gleicher Weise reagiert wie in der Ukraine.

Eine nachhaltige Lösung könne nicht gefunden werden, wenn – nach dem Muster des Vertrags von Versailles (Anmerkung des Verfassers: *„Kapitulationsvertrag“* mit Deutschland nach dem I. Weltkrieg) - eine Seite isoliert oder ‚in die Knie gezwungen‘ werde. Südafrika bleibe bei seiner Haltung und sei bereit, eine friedliche Lösung des Konflikts in der Ukraine zu unterstützen, um die Gewaltanwendung so schnell wie möglich zum Ende zu bringen, auch wenn diese Position offenkundig auf gezielten Widerstand stoße.

Die erstaunliche Kehrtwende Südafrikas lässt sich u.a. auf folgende Annahmen zurückführen:

Der erste Impuls der südafrikanischen Außenministerin reflektiert die erwartbare Haltung eines Landes, dessen führende Politiker über viele Jahrzehnte für Freiheit und Selbstbestimmung ihrer Heimat gekämpft haben. Wenn sie dann aber nicht Partei für ein Land und sein Volk ergreifen wollen, das sich erkennbar mit allen Mitteln gegen eine imperialistische Invasion wehrt, und dies mit relativ weit hergeholten historischen Vergleichen untermauert, verdient das nähere Betrachtung.

Zunächst könnten realpolitische Erwägungen eine gewisse Rolle spielen. Als vergleichsweise kleinstes Mitglied in der BRICS-Gruppe will sich C. Ramaphosa angesichts der trotz Enthaltung letztlich pro-russischen Haltung der „großen“ Partner (China, Indien, Ausnahme lediglich Brasilien) nicht isolieren. Zwar ist die EU immer noch der wichtigste Handelspartner Südafrikas und wird es noch lange bleiben. Aber vor allem mit den aufstrebenden asiatischen Großmächten China und Indien möchte es sich Südafrika nicht verderben.

Eine eindeutige Parteinahme im Ukraine-Konflikt könnte Kräfte im eigenen Land, aber auch afrikanische Partner dazu ermuntern, von C. Ramaphosa klare Stellungnahmen zu anderen Konflikten auf dem Kontinent, angefangen in Simbabwe über Sudan bis hin zu Äthiopien und Mali, zu fordern.

Ein derart umfangreiches außenpolitisches Engagement würde seine Regierung und den ANC angesichts der vielfältigen innenpolitischen Probleme im Jahr der Wahlen des ANC-Präsidenten und Kandidaten für die Staatspräsidentschaft völlig überfordern.

Vor diesem Hintergrund ist der historische Rückgriff auf die Bewegung der

„Blockfreien Staaten“ als moralisch-ethische Position zwar bemerkenswert, weil sie auf den ersten Blick sinnvoll und nobel wirkt. In der heutigen Realität ist sie aber wenig überzeugend und mit Blick auf die aktuelle Situation im Ukraine-Krieg auch nicht tragfähig.

Im Kalten Krieg war dies ein gut nachvollziehbarer gemeinschaftlicher Versuch der zumeist gerade unabhängig gewordenen Staaten Afrikas und Asiens, sich angesichts der Spannungen zwischen NATO- und Warschauer Pakt-Staaten nicht stellvertretend für deren Interessen instrumentalisieren zu lassen, um auf diese Weise mit allen Seiten vor allem im wirtschaftlichen Interesse gleichermaßen gute Beziehungen pflegen zu können.

Russlands Krieg gegen die Ukraine geht jedoch weit über den Versuch einer solchen politischen Instrumentalisierung hinaus und zielt darauf, mit brutaler Gewalt den ehemaligen Bruderstaat aus der Zeit der Sowjetunion und „kleineren“ Nachbarstaat wieder der Kontrolle Russlands zu unterwerfen. Das sind auch besorgniserregende Entwicklungen für die inzwischen der NATO zugehörigen baltischen Staaten, ebenso wie für Polen, aber auch für Finnland und wahrscheinlich auch Schweden, die die Aufgabe ihrer Neutralität und den Anschluss an die NATO erwägen.

Anders verhält es sich mit dem Verweis *Pandors* auf israelische Gewaltanwendung in den palästinensischen Gebieten.

Dabei geht es zwar auch um (israelische) Selbstverteidigung, aber zugleich um die anhaltende Verletzung des Völkerrechts, ohne dass dies hier in der erforderlichen Differenziertheit dargelegt werden kann. Auffällig ist jedoch, dass israelische Völkerrechtsverletzungen von *Pandor* im Detail angesprochen werden, während die russischen Untaten in der Ukraine unerwähnt bleiben.

Einzuräumen ist ferner, dass der Nahe Osten nicht die einzige Region ist, in der sich die Weltgemeinschaft als unfähig erwiesen hat, zu dauerhafter Befriedung beizutragen und selbst da, wo sie sich darum bemüht, an ihre Grenzen (vgl. z.B. die Bemühungen in der Sahel-Zone) stößt. Insgesamt steht die Völkergemeinschaft weiterhin vor großen Herausforderungen mit denen sie sich so bald wie möglich wieder ernsthaft und nicht nur selektiv befassen sollte.

Für *Pandors* Hinweis auf Versailles spricht, dass wir Russland nach Beendigung des Konflikts nicht in die Knie zwingen dürfen. Aber: Der Wiederaufbau der Ukraine darf nicht mit Hilfe eines Marshall-Plans der westlichen Staaten erfolgen, während Russland sich wieder seiner Aufrüstung zuwenden kann. Gleichzeitig darf die russische Bevölkerung nicht für die Untaten Putins bestraft und das Land von China abhängig gemacht werden. Erneute westliche Investitionen müssen der Bevölkerung und nicht der Regierung zugutekommen.

Schließlich müssen die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine auf die Nahrungsmittelversorgung vieler afrikanischer Staaten, deren Volkswirtschaften und die weltweiten Anstrengungen, dem Klimawandel entgegenzuwirken, bedacht werden.

Es gibt also vielfältige Gründe, parallel beide Ziele zu verfolgen: die Anstrengungen der Ukraine zu unterstützen, ihre Unterjochung und Zerlegung zu verhindern und gleichzeitig eine möglichst baldige Beendigung des Krieges und Friedensverhandlungen zu bewirken.

Alles in allem wäre es daher wünschenswert, dass Südafrika seine derzeitige moralisch-ethische Position der Äquidistanz noch einmal überprüft, die primär dem Aggressor in die Hände spielt, ohne der Ukraine und ihrer geschundenen Bevölkerung zu helfen.

Wir stellen vor:

Hans-Jörg Hübner

Honorarkonsul der Republik Südafrika für NRW, Dortmund

Das Auswärtige Amt erteilte dem Dortmunder Unternehmer Hans-Jörg Hübner am 27. 7. 1998 das Exequatur als Honorarkonsul der



Foto: gfg

Republik Südafrika für den Konsularbezirk Nordrhein-Westfalen.

Den Inhaber und Geschäftsführer der *GfG Gesellschaft für Gerätebau mbH*, die zu den international führenden Anbietern von Gaswarnlösungen für den Arbeits- und Umweltschutz zählt, und Liebhaber historischer Autos verbinden seit mehr als drei Jahrzehnten nicht nur geschäftliche Beziehungen mit Südafrika, sondern auch seine ganz persönliche Leidenschaft für das Land und die Menschen am Kap.

So gehörte der rührige Mittelständler, dessen hochspezialisierte Gasmess- und Gaswarngeräte an sechs internationalen Produktionsstandorten, unter anderem auch in *Krugersdorp*, nordwestlich von Johannesburg, hergestellt und weltweit vertrieben und eingesetzt werden, zu den bereits ‚ortskundigen‘ Teilnehmern einer Wirtschaftsdelegation im Frühjahr 1995. Sie sollte die Möglichkeiten vertiefter wirtschaftlicher Beziehungen zwischen NRW und der Provinz Mpumalanga erkunden – eine Region, in der Südafrikas Kohle gefördert wird und die zugleich den größten Teil des weltberühmten Krüger Nationalparks und viele touristische Attraktionen umfasst.

Der vielbeschäftigte Unternehmer hat sich seither häufig Zeit genommen, sich auch mit den Akteuren des von zahlreichen zivilgesellschaftlichen Initiativen

gegründeten Mpumalanga-Forums in NRW (jetzt: *Südafrika-Forum NRW* - [hier](#)) auszutauschen und mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Nicht alle „Blütenträume“ aus dieser Zeit des Aufbruchs des jungen, gerade von der Apartheid befreiten Südafrikas haben sich verwirklicht, so Hübner nachdenklich und ein wenig bedauernd auf die Frage, wie sich die geschäftlichen Beziehungen zwischen Südafrika und deutschen Unternehmen entwickelt hätten. Es habe in den letzten 25 Jahren immer wieder Phasen durchaus berechtigter Hoffnungen, aber auch Enttäuschungen gegeben.

Die Einschränkungen auf Grund der Corona-Pandemie hätten insbesondere im vergangenen Jahr Spuren im Wirtschaftsleben hinterlassen. Er sei aber positiv überrascht und zugleich erfreut, dass die aktuellen Signale erstmals seit längerem wieder positive Grundtöne vermittelten. So stimme es ihn zuversichtlich, dass der Geschäftsführer seiner südafrikanischen Niederlassung, der im Vorjahr noch laut darüber nachdachte wegen der Corona-Regeln „in den Ruhestand gehen zu wollen“, jüngst davon Abstand genommen hat und nun doch noch einmal mit „voller Kraft“ offenkundig vorhandene Potenziale aus-



gfg – Krugersdorp / Johannesburg

schöpfen will.

Dennoch: Der Gesamteindruck aus Gesprächen mit langjährigen Geschäftspartnern und zahlreichen, über die Jahre gewonnenen Freunden, stimme ihn nicht sonderlich optimistisch. Es überwiege der Eindruck, dass die hohen Erwartungen an eine rasche Überwindung der Folgen der Staatsvereinnahmung durch Jacob Zuma und seine Gef-

folgsleute und die Rückkehr zum Kurs von Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftlicher Prosperität auch vier Jahre nach der Amtsübernahme durch die neue Regierung immer noch auf ihre Erfüllung warten. Hans-Jörg Hübner ist nicht nur ein erfolgreicher Unternehmer, sondern auch ein kritisch denkender politischer Beobachter und zeigt sich in der ihm eigenen Offenheit durchaus besorgt, dass das Ausbleiben von Reformen und längst überfälliger Veränderungen zum Guten den radikalen Kräften in Südafrika in die Hände spielen.

Dass alles verblasse aber aktuell, laut Hans-Jörg Hübner, vor den Auswirkungen der Entscheidung der Regierung Südafrikas, sich bei der Abstimmung zur Resolution gegen den Einmarsch Russlands in die Ukraine zu enthalten. Dies sei eine Entscheidung, so Hübner, die nicht nur auf breite Ablehnung in den Reihen der deutschen Honorarkonsuln stoße, sondern auch weder der deutschen Öffentlichkeit noch hiesigen Unternehmen zu vermitteln sei. Die Weltgemeinschaft und insbesondere die Menschen in der Ukraine würden gerade die bittere Lektion lernen, dass man sehr genau auf die Worte von Regierungen und Staatsführern hören muss, um nicht böse überrascht zu werden. In diesem Zusammenhang sei das ‚laute Schweigen aus Pretoria‘ ein fatales Signal, das womöglich noch lange nachwirke und Südafrika teuer zu stehen kommen könnte. Wenn es um die grundlegenden Prinzipien des friedlichen Miteinanders von Staaten geht, gibt es laut Hübner keine moralisch akzeptable Form der Neutralität.

Umso wichtiger ist es ihm, sich gerade jetzt für die Belange Südafrikas und eine positive Wahrnehmung des Landes und seiner Menschen einzusetzen.

Obwohl er in der Wahrnehmung seiner Aufgaben als Honorarkonsul Südafrikas häufig auch mit Visa-Fragen befasst sei, weil die Bearbeitung in der südafrikanischen Botschaft sowie im Konsulat in

München oftmals nicht den Ansprüchen der Antragssteller, entsprechen, steht Hans-Jörg Hübner ebenso wie seine Kollegen in anderen Teilen Deutschlands bereit, sich für die Stärkung und Vertiefung der bilateralen Beziehungen zu engagieren – nicht nur auf wirtschaftlicher Ebene. So erwägt er auch Möglichkeiten auf anderen Gebieten, wie etwa beim Kulturaustausch. Hierbei könne er mit seinem umfangreichen Netzwerk im nordrhein-westfälischen Umfeld, aber auch durch seine guten Beziehungen zur deutsch-südafrikanischen Auslandshandelskammer in Johannesburg im Einzelfall helfen.

Hauptadressat und -akteur sei aber selbstverständlich die südafrikanische Botschaft in Berlin. Dort müssten die Impulse gesetzt, Netzwerke genutzt und die Fäden geknüpft werden. Als Honorarkonsul bewege er sich auch bei einer für ihn durchaus vorstellbaren Erweiterung des Aktionsradius deutsch-südafrikanischer Aktivitäten oder bei der Ansprache potenzieller deutscher Investoren letztlich in dem von der Botschaft gesetzten Rahmen.

Noch sei ihm zum Beispiel nicht ganz klar, was die am Rande der Glasgow Klimakonferenz der UN - COP 26 – zwischen Südafrika, Großbritannien, USA, Frankreich und Deutschland sowie der EU vereinbarte „Just Energy Transition Partnership for South Africa“ bedeute. Wenn es eine tatsächlich auf eine massive Umsteuerung der Energieerzeugung von fossilen Brennstoffen auf erneuerbare Energien hinauslaufe, liege darin erhebliches Potenzial im Bereich des Technologietransfers, aber auch der Service- und Dienstleistungsbranche in allen genannten Partnerländern dieser Vereinbarung.

(Zusammenfassung eines Gesprächs mit Honorarkonsul Hübner vom 22.2.2022 – aktualisiert am 18.3.2022)

Klaus Brückner

In eigener Sache:

2. Ordentliche Mitgliederversammlung DeSaFor e.V. am 6. 4. 2022

Zum Ende der ersten dreijährigen Amtsperiode des noch von der Gründungsversammlung im März 2019 gewählten Vorstands und nachdem die im Herbst 2021 geplante Veranstaltung kurzfristig abgesagt werden musste, war es an der Zeit für die längst überfällige 2. Ordentliche Mitgliederversammlung. Leider war jedoch auch die am 6. April 2022 in der wunderschönen Mendelssohn-Remise nahe dem Gendarmenmarkt durchgeführte Versammlung von der Absage der dazu eingeladenen Vertreter*innen der südafrikanischen Botschaft überschattet. Der Botschafter war zu einer kurzfristig angesetzten Botschafterkonferenz nach Südafrika berufen worden und seine Vertreterin musste wegen einer Corona-Infektionswelle in der Botschaft ihre sicher geglaubte Teilnahme kurzfristig absagen.

Der Stimmung und Diskussionsfreude der – allerdings ebenfalls nur in sehr geringer Anzahl teilnehmenden - Mitglieder unseres Vereins tat dies jedoch keinen Abbruch. So konnte der „formale“ Teil mit den Rechenschaftsberichten des Vorsitzenden (den Bericht finden Sie [hier](#) bzw. auf unserer website www.desafor.de/publikationen) und der Schatzmeisterin sowie der Entlastung des Vorstands zügig durchgeführt werden.

Die nach drei Jahren satzungsgemäß erforderlichen Vorstandswahlen wurden rasch und mit eindeutigen bzw. einstimmigen Ergebnissen durchgeführt. Der bisherige Stellvertretende Vorsitzende **Peter Senft** sowie **Dr. Matthias Witt** als weiteres Mitglied des bisherigen Vorstands hatten aus zeitlichen bzw. beruflichen Gründen darauf verzichtet, erneut zu kandidieren. Ihre Mitwirkung in den Gründungsjahren wurde vom Vorsitzenden Hans-Werner Bussmann mit Dank und Wertschätzung gewürdigt.

Mit **Annette Verheyen** und **Jürgen Koch** konnten aber bereits im Vorfeld der Versammlung zwei engagierte Interessenten gefunden werden, die nun mit ihrer Wahl den Vorstand nicht nur wieder vervollständigen, sondern auch in seiner Zusammensetzung eine 50:50-Balance zwischen Frauen und Männern herstellen.

Der am 6.4.2022 für die nächsten drei Jahre gewählte „BGB“-Vorstand besteht aus **Hans-Werner Bussmann** - als Vorsitzendem,

Peter Conze - als nunmehr Stellvertretendem Vorsitzendem,

Rita Brückner - als Schatzmeisterin und Betreuerin der Mitglieder,

und bildet mit den weiteren Mitgliedern

Jürgen Koch, Caroline Stiebler und Annette Verheyen den Gesamtvorstand.

Die Profile der bisherigen und neuen Mitglieder des Vorstands finden Sie [hier](#) bzw. auf unserer website www.desafor.de/Über uns/Vorstand.

In einer ersten Sitzung des Vorstands in der neuen Zusammensetzung wurden die Aufgaben für die künftige Arbeit verteilt und Pläne für die Aktivitäten des Vereins in diesem Jahr geschmiedet. Darüber werden wir Sie selbstverständlich noch im Detail informieren.

Vorstand und die Geschäftsführung

Liliesleaf gerettet – ANC besinnt sich auf einen wichtigen Ort seiner Geschichte

Vor einigen Monaten kam die traurige Nachricht, dass das Museum des Widerstands des ANC gegen die Apartheid, das *Liliesleaf Museum*, seinen Betrieb wegen Finanzmangel einstellen musste (s. *DeSaFor Newsletter 09/2021*). Innerhalb und außerhalb Südafrika rief dies Unverständnis und Ärger hervor.

Die *Liliesleaf Farm* war das geheime Rückzugszentrum des bewaffneten Arms des ANC, des *Umkonktho we Sizwe*. Nach Gründung des ANC 1912 als pazifistische Organisation entschied sich die Führung des ANC 1960, den Kampf gegen die Apartheid auch bewaffnet zu führen, allerdings nicht gegen Menschen gerichtet. Mit Bomben gegen Infrastruktureinrichtungen, Brücken, Sendemasten und Energieeinrichtungen sollte das Regime geschwächt werden.

Schon 1962 führte die Polizei aufgrund eines Hinweises eines Informanten eine Razzia auf der Farm durch und verhaftete 19 Mitglieder des Oberkommandos des *Umkonktho*. Im *Rivonia Prozess*, benannt nach dem Johannesburg Stadtteil Rivonia, in dem die Farm und das heutige Museum liegt, wurden alle Angeklagten zusammen mit *Nelson Mandela*, der schon vor der Razzia außerhalb der Farm verhaftet worden war, zu mehrmaligen lebenslangen Haftstrafen verurteilt. Die Mitangeklagten *Arthur Goldreich* und *Harold Wolpe*, die die Farm erworben hatten, auf der *Arthur Goldreich* zur Tarnung mit seiner Familie wohnte, flohen auf abenteuerliche Weise aus der Untersuchungshaft ins Ausland und entgingen so der Verurteilung.

Nach 1994, mit der Wahl von Nelson Mandela zum Staatspräsidenten, wurden private Finanzmittel und Mittel des ANC gesammelt, um aus der *Liliesleaf Farm* ein Museum des Kampfes gegen die Apartheid zu machen. Wichtige Akteure für diese Idee waren *Kgalema*



Denis Goldberg (☞ 04/2020) und Andrew Mlangeni (☞ 07/2020)

Motlanthe, früherer Generalsekretär des ANC und späterer Staatspräsident, *Dennis Goldberg*, der einzige Weiße unter den Verurteilten im *Rivonia Prozess* und als Maschinenbauingenieur einer der Köpfe der technischen Umsetzung des militärischen Widerstands, und Staatspräsident *Thabo Mbeki*. Nicht zu vergessen der langjährige Schatzmeister des ANC, *Mendi Msimande*, und der Sohn von Harold Wolpe, *Nick Wolpe*, der das Projekt in mühseliger Kleinarbeit und erstaunlichem Beharrungsvermögen realisierte.

Das Projekt war von Anfang an finanziell knapp ausgestattet. Das Museum und das angeschlossene Archiv waren auf dem neuesten Stand des baulichen Standards und der Museumsdidaktik. Es war und ist im wahrsten Sinne ein moderner, der Bedeutung des Kampfes gegen die Apartheid angemessener Gedenkort.

Allerdings fiel die Eröffnung des Museums 2008 in eine Zeit, in der die Gruppe um Mbeki, Motlanthe, Goldberg in dem von Jacob Zuma geführten ANC wegen ihrer öffentlichen Kritik an der Parteilührung und der Verschwendung öffentlicher Finanzen nicht wohlgekommen waren. Sie wurden ebenso wie viele ihrer Mitstreiter systematisch aus staatlichen Führungspositionen gedrängt und vom

Zugang zu öffentlichen Finanzen ferngehalten. Es war nur eine Frage der Zeit, dass die Finanzierung von Liliesleaf nicht mehr ausreichend war. Die Schließung des Museums wegen drohender Insolvenz kam deshalb auch nicht plötzlich.

Zudem gab es im September 2021 auch Berichte, dass das Management des Museums nicht in der Lage war, die Verwendung von 8,1 Millionen Rand nachzuweisen, die das zuständige Ministerium zur Finanzierung des Museums bereitgestellt hatte.

Es ist eine erfreuliche Wende, dass nunmehr unter der Präsidentschaft von *Cyril Ramphosa* die Regierung Südafrikas das Museum inzwischen in die nationale staatliche Museumsförderung einbezogen hat. Zunächst werden ausstehende Gehälter und Sozialleistungen für Beschäftigte nachgezahlt und die durch die Schließung und vernachlässigte Pflege



entstandenen Schäden an den Gebäuden repariert. Der Weg in eine Zukunft mit einer gesicherten finanziellen Basis ist erkennbar. Es ist zu hoffen, dass *Nick Wolpe* wieder eine leitende Funktion im Museum einnimmt.

Geschichte kann man nicht durch finanzielles Austrocknen in einseitigem Interesse korrigieren. Geschichte, insbesondere die des Kampfes gegen die Apartheid mit seinen vielen Facetten und gehört nicht nur einer Fraktion im ANC. Es bestätigt sich auch an diesem Beispiel: Nur wer die Geschichte kennt und versteht, ist für die Zukunft gerüstet.

Präsident Ramaphosa orientiert die Botschafter der RSA

Wenige Tage nach Südafrikas Enthaltung bei der Abstimmung in der VN-Generalversammlung über den russischen Angriff auf die Ukraine (vgl. S.2 ff) beriefen Präsident Ramaphosa und Außenministerin Pandor am 7./8.4.2022 alle südafrikanischen Botschafter zu einer Konferenz in Pretoria, um ihnen Orientierung für ihre Aufgabe und ihre Argumentation zu geben ([hier](#)).

Den ‚Ton setzte‘ Ramaphosa mit seinem Verweis auf den Erfolg Südafrikas bei der Forderung nach Freigabe der Herstellungslizenzen für Impfstoffe durch die Welthandelsorganisation.

Dies sei Ausdruck südafrikanischen diplomatischen Engagements für einen „progressiven Internationalismus“, der auch dazu geführt habe, dass Südafrika nun eines von sechs Zentren für den Technologietransfer von mRNA-Impfstoffen sei.

Die Corona-Pandemie habe die Schwächen der Weltwirtschaft und die Notwendigkeit verdeutlicht, dass die globale Ungerechtigkeit überwunden werden müsse - reiche Länder könnten sich nicht mehr von der Notlage armer Länder abkoppeln.

Südafrika verstärke deshalb seine Stimme auf der internationalen Bühne, nicht zuletzt um die afrikanische Agenda mutig und unverblümt zu vertreten. Damit sie jedoch auch gehört werde, bedürfe es stärkerer Fortschritte bei der wirtschaftlichen Erholung und dem Wiederaufbau sowie bei der wirtschaftlichen Integration im Rahmen der *Afrikanischen Kontinentalen Freihandelszone*.

Zudem müsse der Förderung von Demokratie, guter Regierungsförderung und

Menschenrechten stärkere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Südafrika werde dazu den gerade übernommenen Vorsitz des „African Peer Review Forums“ nutzen.

Den Botschaften seien insbesondere bei der Förderung von wirtschaftlicher Zusammenarbeit und von ausländischen Investitionen gefordert. Einige Botschaften seien dabei engagiert und erfolgreich, andere bedürften der Ermutigung, sich stärker zu engagieren. Er forderte relativ direkt die Botschafter*innen auf, auf diesen Feldern deutlich besser zu werden.

Mit Blick auf die Ukraine bestärkte Ramaphosa den Appell Südafrikas an die Kriegsparteien, eine politische Verhandlungslösung anzustreben. Die internationale Gemeinschaft solle vertrauensbildende Maßnahmen ergreifen anstatt eine Eskalation des Konflikts zu fördern. Er verband diesen Appell mit der Forderung nach einer Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, der dem „Recht der Mächtigen“ nichts entgegensetzen könne. Zudem sei die globale Gemeinschaft ebenso verantwortlich, das menschliche Leid in Jemen, Palästina, Libyen, Mali, Somalia, Südsudan, Mosambik oder im Kongo zu beenden.

Südafrika werde sich an Bemühungen, den Frieden dort und in der Welt zu fördern, dabei jedoch die eigene „bündnisfreie“ Position verteidigen und eine unabhängige Außenpolitik mit Vorrang für die nationalen Interessen und Mitverantwortung für die Interessen der Menschheit weltweit betreiben.

Dazu gehöre für ihn die besondere Verpflichtung der Industrieländer, die Entwicklungsländer bei der Eindämmung und der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen und insbesondere Mittel für einen gerechten Übergang zu kohlenstoffarmen Technologien zu mobilisieren.

Klaus Brückner

Katastrophale Überschwemmungen in Kwa-Zulu-Natal

In der Provinz Kwa-Zulu-Natal haben schwere Unwetter katastrophale Folgen gehabt. Am Ostersonntag bestätigten die dortigen Behörden 443 Todesopfer und 64 noch vermisste Personen. Binnen 2 Tagen waren in Durban und Umge-



gebung mehr als 450 Millimeter Regen gefallen – fast die Hälfte der dort üblichen durchschnittlichen Jahresmenge. Tausende Häuser und Hütten wurden in der wichtigen Hafenstadt Durban und der sie umgebenden Region *eThekweni* zerstört; 250 Schulen sind stark beschädigt. Viele Brücken und Straßen wurden komplett weggespült und im Hafen von Durban wurden riesige Container durch die Straßen geschleudert. Die Stadt Durban ist zum Teil ohne Wasser und Strom; 40.000 Menschen gelten als obdachlos. Präsident Ramaphosa rief am 18.4.2022 den „Nationalen Katastrophenfall“ aus – eine nicht unumstrittene Maßnahme, denn während der Corona-Pandemie hatte die damit bezweckte Beschleunigung von Prozessen durch die Aussetzung von Regeln zu Missbrauch und Korruption geführt.

Der „*Mail & Guardian*“ erinnerte daran, dass das „*Intergovernmental Panel on Climate Change*“ noch kürzlich vor hohen Risiken sich häufender Katastrophen und Problemen ihrer Beherrschung gewarnt hatte. Da gehe es nicht nur um Planungs- und Baumängel bei der Infrastruktur, sondern um fehlende Wartung und Aufsicht. Regierungen und Verwaltungen, die nach dem „Prinzip hoffen und beten“ arbeiteten, anstatt für eine sichere und funktionierende Infrastruktur zu sorgen, seien letztlich mitverantwortlich für die Opfer solcher Katastrophen.

Klaus Brückner